



## HOMÖOPATHIE GESTRICHEN

### Umstrittene Entscheidung

EIN KOMMENTAR VON RALPH SCHWEINFURTH

Für manche Menschen sind es nur weiße Kügelchen, für andere ist es Arznei. Über die Wirksamkeit der sogenannten Globuli gibt es unzählige Studien. Alle besagen, dass es allerhöchstens eine Placebo-Wirkung gebe. Diese sei aber immens, da sie die Selbstheilungskräfte des menschlichen Körpers aktiviere. Das aber scheint die Mehrheit der bayerischen Ärzt\*innen nicht zu interessieren. Bei ihrem Ärztetag in Hof haben sie jetzt die Homöopathie aus der Weiterbildungsordnung der Bayerischen Landesärztekammer gestrichen.

Doch Homöopathie besteht nicht nur aus Kügelchen. Es gibt daneben auch noch viele andere Mittel. Und die wirken durchaus, was wiederum diverse Studien belegen. So etwa das Mittel Traumeel, eine Kombination verschiedener homöopathischer Wirkstoffe. Es wurde mit einem chemisch-pharmazeutischen Entzündungshemmer verglichen. Die Ergebnisse mit dem alternativen Arzneimittel fielen ähnlich wie bei dem herkömmlichen Medikament aus: Alle Patient\*innen erfuhren eine starke Schmerzlinderung. Die Verträglichkeit war ausgezeichnet.

Ein Professor für Anästhesie und Intensivmedizin an der schwedischen Universität Linköping – also kein Homöopath – kam in einer Metastudie sogar zu dem Ergebnis, dass man 90 Prozent der vorhandenen klinischen Studien außer Acht lassen müsste, um den Schluss zu ziehen, dass Homöopathie wirkungslos sei. Doch das ficht die Bayerische Landesärztekammer nicht an. Das interne Lager der Homöopathiekritikerinnen und -kritiker setzte sich durch.

Immerhin: Ärzt\*innen, die die Homöopathie-Bezeichnung bereits innehaben, dürfen sie auch in Zukunft führen. Andere Mediziner\*innen können über den Zentralverein homöopathischer Ärzte ein Diplom erwerben, wenn sie entsprechende Fortbildungen absolvieren. Damit können sie auch weiterhin an Sonderverträgen zur homöopathischen Behandlung teilnehmen, die der Verband mit rund 90 gesetzlichen Krankenkassen ausgehandelt hat. Das dürfte Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) – ein expliziter Homöopathiebefürworter – und viele Patient\*innen, die auf Naturheilverfahren schwören, freuen. Ob eine bereits angedrohte Klage gegen die Hofer Entscheidung Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten.



## Bayern fordert einen Lohnersatz für pflegende Angehörige Helfen ohne Geldsorgen

Drei Viertel aller Pflegebedürftigen werden in Bayern von Angehörigen betreut.

FOTO: DPA/JENS KALAENE

Die Zahl ist gewaltig: Auf mehr als 7,2 Milliarden Stunden summiert sich die Zeit, die Angehörige 2019 bei der häuslichen Pflege aufgebracht haben. Das hat die Pflegebudget-Beratung „Pflege-Dschungel“ ausgerechnet, anhand von Zahlen des AOK-Pflegereports 2020. Selbst wenn man hier nur einen Stundenlohn von 0,85 Euro zugrunde lege, bedeute das eine Wertschöpfung von 90,7 Milliarden Euro pro Jahr, folgert sie. Tatsächlich geflossen seien jedoch nur 5,8 Milliarden Euro.

Dass pflegende Angehörige sehr viel mehr Unterstützung bräuchten, als dies bisher der Fall ist, räumt auch Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) ein. Kürzlich forderte er mehr Geld für Menschen, die zeitweise aus ihrem Beruf aussteigen, um sich um pflegebedürftige Eltern, Partner oder Kinder zu kümmern. Ein „steuerfinanziertes Pflegegeld“ solle eingeführt werden, ähnlich wie das Elterngeld. Denn, so Holetschek: „Die Angehörigen leisten Großes und sind neben der professionellen Pflege eine tragende Säule des Pflegesystems.“ Zahlen bestätigen das: Laut VdK Bayern werden im Freistaat rund drei Viertel aller Pflegebedürftigen von Angehörigen betreut.

Die Aussagen des Gesundheitsministers dürften Wasser auf den Mühlen von SPD und Grünen im Landtag sein. Ähnliche Forderungen haben sie schließlich wiederholt erhoben. Den-

noch hält sich ihr Beifall in Grenzen. „Das ist ein klassischer Holetschek, weil er damit die Verantwortung auf den Bund abwälzen will“, spöttelt der pflegepolitische Sprecher der Grünen, Andreas Krahl. Dabei könnte der Freistaat in Sachen häuslicher Pflege durchaus selbst aktiv werden. Das zeigt ein Blick nach Österreich: Im Burgenland läuft ein Pilotprojekt, bei dem pflegende Angehörige vom Land angestellt und bezahlt werden. „So etwas wäre auch eines bayerischen Staatsministers würdig“, merkt Krahl an. Skepsis gegenüber dem Vorschlag des Gesundheitsministers klingt auch bei der gesundheitspolitischen Sprecherin der bayerischen SPD, Ruth Waldmann, durch. „Es wäre schön, wenn er klar sagen würde, wie das konkret aussehen könnte“, sagt sie. Soll dazu nun eine Bundsratsinitiative aus Bayern kommen? Oder ein Vorstoß über die Gesundheitsministerkonferenz der Länder?

Für hochgezogene Augenbrauen bei der Landtagsopposition sorgt außerdem der Zeitpunkt der Holetschek-Initiative – nämlich just dann, wenn die Union die Verantwortung für das Gesundheitsressort auf Bundesebene bald abgeben dürfte. „Das spricht Bände“, sagt Waldmann. Ähnlich sieht das die bayerische FDP. „Die Union hat über acht Jahre den Gesundheitsminister gestellt, da hätte man viel früher in die Umsetzung gehen können“, sagt ihr Sprecher für

Gesundheit und Pflege, Dominik Spitzer. Mit einem steuerfinanzierten Pflegegeld können sich die bayerischen Liberalen nicht anfreunden. Sinnvoller sei es vielmehr, alle Leistungsansprüche der jeweiligen Pflegegrade in ein Pflegebudget zu überführen, über das die Betroffenen dann „unbürokratisch und transparent“ verfügen könnten, erklärt Spitzer.

### Grüne fragen: Warum wird der Freistaat nicht selbst aktiv?

Unter Verbänden und Betroffenen sind die Meinungen über den Vorstoß des Gesundheitsministers zwiespältig. „Es wäre großartig, wenn man gewisse Zeit zu Hause bleiben könnte, ohne Geldsorgen, um Angehörige zu pflegen“, sagt Claudia Spiegel, Abteilungsleiterin Sozialpolitik beim bayerischen VdK-Landesverband. „Sehr gut und schon lange fällig“, kommentiert auch eine Frau in der Facebook-Gruppe „Pflegerische Angehörige“, die mehr als 12 000 Mitglieder hat, die Initiative des Gesundheitsministers. Andere halten dort jedoch dagegen: „Das ist auch wieder zu kurz gedacht. Manche können nicht nur ‚zeitweise‘ aus dem Beruf aussteigen.“ Vor allem diejenigen, die ihren Job bereits aufgegeben hätten, um sich um ihre Angehörigen zu kümmern, hätten nun Angst, dass sie abermals übersehen

würden, sagt Kornelia Schmid aus Amberg, Vorsitzende des Vereins „Pflegerische Angehörige“, der aus dieser Facebook-Gruppe hervorgegangen ist. Über die Vorschläge Holetscheks ist sie dennoch froh: „Es ist alles positiv, was sich irgendwie zu unseren Gunsten auswirkt. Wir sind es nicht gewohnt, dass man sich überhaupt mit uns beschäftigt.“

Noch besser allerdings wäre es, wenn man endlich die Forderungen nach einem „gerechten Entlastungsbudget“ in der Pflege berücksichtigen würde, sagt Schmid. Heißt: die Gelder aus verschiedenen Töpfen in einem zusammenfassen und die Beantragung deutlich vereinfachen. „Momentan ist das Bürokratie hoch drei“, seufzt die Vorsitzende. VdK-Expertin Claudia Spiegel wiederum mahnt den Ausbau von Pflegestützpunkten an, für die Beratung und Unterstützung pflegender Angehöriger: „Da hinken wir wahnsinnig hinterher.“ Und sie verweist darauf, dass die Sozialgesetze zwar etliche Hilfen vorsehen – zum Beispiel Tages- und Nachtpflege und Kurzzeitpflegeplätze. Allerdings nur in der Theorie. „Auf dem Land muss man Kurzzeitpflegeplätze oft mit der Lupe suchen“, kritisiert Spiegel. „Und Nachtpflege ist fast überhaupt nicht vorhanden. Was helfen Leistungen, die im Gesetz stehen, wenn ich sie nicht bekommen kann? Da haben wir noch einen weiten Weg vor uns.“

> BRIGITTE DEGELMANN

## AUS DEM INHALT

**LEBEN IN BAYERN**  
„Würde mich nicht trauen“ ..... Seite 3  
60 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei: der Mediziner Fuat Oduncu über den Mut seines Vaters, nach Deutschland zu gehen.

**POLITIK**  
Strafe für Testverweigerer ..... Seite 4  
Das Kultusministerium erhöht den Druck: Lehrkräfte begrüßen die harte Linie – doch auch die Kritik ist groß.

**LANDTAG**  
Die Verbindliche ..... Seite 5  
Im Porträt: Stephanie Schuhknecht (Grüne), Vorsitzende des Petitionsausschusses.

**WIRTSCHAFT**  
Klimaneutrales Bayern 2040 ..... Seite 17  
Eine Studie zeigt, was nötig ist, um das zu erreichen.

**STELLENMARKT** ..... Seiten 8 bis 12

**DIE FACHTHEMEN DER WOCHE**  
Bau & Architektur ..... Seite 22  
Bauen mit Holz ..... Seite 26  
Lärmschutz ..... Seite 27

## Kostenfreier kommunaler Busverkehr funktioniert nur selten – dabei könnte er helfen, den Autoverkehr zurückzudrängen

### Die Hürden sind hoch

Dass der Kampf gegen den Klimawandel auch einen Umstieg auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) von deutlich mehr Menschen notwendig macht, ist eine Binsenweisheit. Doch wie die Leute motivieren? Einige Kommunen bieten einen kostenlosen Busverkehr an. Doch das setzt solide Finanzen voraus. Nur selten sind solche Offerten deshalb von Dauer. Zuletzt boten einige Landkreise im Münchner MVV an Sonntagen kostenlosen Busverkehr. Das wurde gut angenommen, wird aber wohl temporär bleiben. Das unterfränkische Aschaffenburg hat bereits 2020 den samstäglichen kostenlosen Busverkehr abgeschafft.

Beim dauerhaften kostenlosen Busverkehr gehört das oberbayerische

Pfaffenhofen a. d. Ilm zu den Vorreitern. Los ging es im Dezember 2018. Einfach war das aber nicht. „Wenn man als Stadt ein solches Angebot macht, ist es immer die Kunst, dem Freistaat zu begründen, warum“, erläutert Pfaffenhofens geschäftsleitender Beamter Florian Erdle. Denn sonst läuft die Kommune Gefahr, die allgemeine ÖPNV-Förderung zu verlieren. Weil der ÖPNV nirgendwo kostendeckend ist, wirkt es befremdend, auf Einnahmen zu verzichten.

Doch Pfaffenhofen erstickt im Autoverkehr. Zum 1. Januar dieses Jahres waren im Kreis 134 000 Autos zugelassen – bei nur knapp 130 000 Bewohnenden. Der Kreis kann sich mit dem fragwürdigen Titel des Landkreises mit der höchsten Autodichte in

ganz Deutschland schmücken. Doch hier habe das kostenlose Busangebot für Entspannung gesorgt, berichtet Erdle. Im Dezember 2019 wurden 28 000 Fahrgäste in zwei Wochen gezählt, im Frühjahr 2018 waren es noch 10 000. Ab nächstem Jahr soll der Pfaffenhofener Busverkehr erweitert werden. „Unter der Woche sieht man die Buslinien häufig fast leer durch die Stadt fahren“, schränkt Erdle ein. Er ist aber zuversichtlich, das kostenlose Angebot aufrechterhalten zu können. Jährlich 250 000 Euro an Zuschüssen muss er dafür berappen.

Ohne Weiteres nachziehen können andere kreisangehörige Städte allerdings nicht. Zuständig sind nämlich die Landkreise, nicht die Gemeinden. Pfaffenhofen hat für seinen verpflich-

tend nur im eigenen Stadtgebiet verkehrenden Bus eine sogenannte Sondergestattung erhalten.

Und es mangelt eben an Geld. Für kostenlosen Busverkehr gibt es vom Freistaat keine Unterstützung. Man fördere zwar jährlich mit 30 Millionen Euro die Beschaffung von Linienbussen, so eine Sprecherin des Verkehrsministeriums. Bis 2022 stehen zusätzliche Mittel für mit Luftverschmutzung belastete Städte zur Verfügung. Und auch E-Ticketing, die Einführung einer kostenfreien Cityzone oder die Integration von Car- und Bike-sharing in ein ÖPNV-Abo wird mit rund 65 Millionen Euro im Jahr gefördert. Für einen kostenlosen Busverkehr aber müssen die Städte weiter selbst aktiv werden. > ANDRÉ PAUL

